

Pressemitteilung vom 04. Juni 2014

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen begrüßt die Einsetzung eines NSU-Untersuchungsausschusses und fordert ein NRW-Mahnmal für die Opfer rechtsextremer Gewalt

Der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen begrüßt die Entscheidung der CDU-Fraktion, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf Landesebene zu beantragen.

Die Bevölkerungsstruktur des Landes Nordrhein-Westfalen ist besonders von Menschen mit Migrationshintergrund geprägt. Die NSU-Terroristen und deren Unterstützer haben die Anschlagorte in NRW wegen dieser Bevölkerungsvielfalt gezielt ausgesucht. Aus diesem Grund sollte ein vom Land aufgestelltes Mahnmal an einem bedeutsamen Ort in der Landeshauptstadt der Opfer rechtsextremer Gewalt gedenken.

Zum geplanten parlamentarischen Untersuchungsausschuss sagt Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen: „Viele Gründe sprechen für einen NSU-Untersuchungsausschuss auf Landesebene. Die Familien und Angehörigen der Opfer möchten die Hintergründe der Taten erfahren und stellen die Frage, weshalb jahrelang gegen sie selbst ermittelt wurde. Die Migrantinnen und Migranten fordern Aufklärung darüber, warum stets ein rechter Hintergrund der Anschläge ausgeschlossen wurde. Aus diesem Grund drängt sich seit dem zufälligen Auffliegen der Terrorgruppe die Frage auf, weshalb die Organe des Staates auf dem rechten Auge blind sind. Fest steht, dass das Vertrauen der Migrantinnen und Migranten in den Staat erheblichen Schaden genommen hat.“

Durch die Einsetzung des Untersuchungsausschusses und eine lückenlose Aufklärung der Morde und Anschläge bietet sich nun die Chance, das Vertrauen der Migrantinnen und Migranten in den Staat wieder zurückzugewinnen.

Tayfun Keltek sieht im rechten Gedankengut eine große Gefahr für die Demokratie: „Rechtsextremismus ist keineswegs ein Randphänomen, vielmehr ist er in der Mitte der Gesellschaft zu verorten. Die vergangenen Europa- und Kommunalwahlen, bei denen die Rechten viele Stimmen mobilisieren konnten, müssen für den Staat und die Zivilgesellschaft eine Warnung sein, um wachsam zu bleiben. Es ist notwendig aktiv alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und -populismus in der Gesellschaft zu bekämpfen, um Gewaltexzesse gegen Migranten in Zukunft zu verhindern.“